

Paolo Pombeni

Periphere Politik

Berlusconi und Europa

1. Zwischen nationaler Größe und europäischer Bescheidenheit

Will man die Außenpolitik eines italienischen Ministerpräsidenten bewerten, darf man den weiteren Kontext nicht außer Acht lassen, denn nur so lässt sich ermessen, ob er eine eigenständige oder sogar innovative Politik betreibt. Dabei haben wir es mit Rahmenbedingungen zu tun, die überall in Europa gelten, und solchen, die nationalspezifisch sind. Zunächst muss man sich die starke Interdependenz zwischen Außen- und Innenpolitik vergegenwärtigen. In einer Zeit, die ganz im Zeichen der Medialisierung von Politik steht, gehört Außenpolitik längst nicht mehr zu den Arkana staatlichen Handelns. Außenpolitik ist vielmehr – in Italien wie anderswo – ein integraler Bestandteil der mitunter recht komplexen Beziehungen zwischen dem Regierungschef, seinem Land und der Opposition. Berlusconis Politik steht darüber hinaus in der besonderen Tradition italienischer Außenpolitik, wobei die Europapolitik eine spezielle Bedeutung hat¹. Nur im Vergleich mit der Politik der Vorgängerregierungen lassen sich Konvergenz und Divergenz seines außenpolitischen Handelns erkennen. Dabei ist zu beachten, dass die Erinnerung an das faschistische Regime, das Italien schließlich in den Zweiten Weltkrieg führte, ein instinktives Misstrauen gegenüber einer von imperialen Träumen inspirierten Außenpolitik provoziert hat.

Das Adjektiv imperial wird hier ganz bewusst verwendet, weil Italien den Anspruch auf nationale *Grandeur* auch nach 1945 konservierte. Links wie rechts wurden immer wieder Macht und Größe beschworen. Für die einen stellte Italien die Avantgarde

¹ Vgl. Gianni Bonvicini/Raffaello Mattarazzo, *La politica estera italiana fra novità e continuità*, und Federico Niglia, *L'Italia, L'Unione Europea e le nuove partnership*, beide Beiträge in: Gianni Bonvicini/Alessandro Colombo (Hrsg.), *L'Italia e la politica internazionale*, Bologna 2009, S. 67–78 und S. 79–88.

des globalen Pazifismus dar, für die anderen sollte das Land eine Brückenfunktion in den Konflikten der Welt einnehmen, sei es zwischen Ost und West oder zwischen Nord und Süd, zwischen dem alten Kontinent und den arabischen Gestaden des Mittelmeers, zwischen Israelis und Arabern und so weiter und so fort. Aus diesen Widersprüchen hat sich die italienische Außenpolitik entwickelt, auch wenn weite Kreise der Gesellschaft diese Themen mit einigem Argwohn betrachteten. Auf der einen Seite stand das Bedürfnis nach Sicherheit, das ungeachtet aller Hoffnungen auf eine Politik der Neutralität dazu führte, dass Italien zu einem festen Bestandteil des atlantischen Bündnisses wurde. Auf der anderen Seite herrschte die Illusion, das Land habe die Aufgabe, eine Mittlerrolle in den kleinen und großen Konflikten der Welt zu spielen. Italien sei hierzu prädestiniert, da es im Gegensatz zu anderen europäischen Mächten keine imperiale Vergangenheit habe.

In welchem Zusammenhang stehen nun Italiens Suche nach einem bevorzugten Platz im Theater der internationalen Politik und die europäische Integration? Wie in Deutschland war auch in Italien die Vision eines geeinten Europa das Vehikel zu Rehabilitation und Anerkennung. Man glaubte, allein Staaten oder Staatenbünde mit einem riesigen Territorium wie die USA und die UdSSR könnten internationales Gewicht und wirtschaftliches Wachstum garantieren. Außerdem bestand die Vorstellung, dass Italien unter dem neuen europäischen Dach die alte Rolle als Störenfried, die das Land in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gespielt hatte, abstreifen könne. Die Idee einer Europäischen Union erfreute sich südlich der Alpen großer Beliebtheit, weil sich darin der Wunsch, als Mittler Größe zu gewinnen, mit dem Willen verband, die düstere Vergangenheit hinter sich zu lassen, und weil bald deutlich wurde, dass das europäische Experiment Erfolg hatte: Der Aufbau Europas schritt zügig voran, und der allgemeine Wohlstand in Italien wuchs so stark, dass das Land bald zu seinen Nachbarn aufschließen konnte. Die Tatsache, dass der *Partito Comunista Italiano* (PCI) und die Sozialisten damals viele Wähler hinter sich zu bringen vermochten, darf nicht täuschen: Die beiden Oppositionsparteien hatten nur so lange Erfolg, als es ihnen gelang, die europäische Integration als amerikanisches Unternehmen gegen das sowjetische Vaterland des Sozialismus und als Manöver des Kapitalismus zu stigmatisieren, das nur kurzfristig Wohlstand bringe, über kurz oder lang aber unweigerlich in eine wirtschaftliche Apokalypse führen werde. Als sich diese

Vorhersage nicht bewahrheitete, gerieten Kommunisten wie Sozialisten in Schwierigkeiten und öffneten sich selbst dem Europagedanken.

Die Krise der Ersten Republik nach 1989/90 brachte all das ins Wanken. Das atlantische Bündnis und der Europagedanke mussten neu definiert werden. Was jedoch blieb und sogar noch gestärkt wurde, war die Vorstellung, Italien könne die Rolle eines großen Vermittlers spielen; dazu trugen vor allem die Krisen vor der Haustür Italiens – im Libanon, am Horn von Afrika und auf dem Balkan – bei. Die Christdemokraten, die die Geschicke der italienischen Außenpolitik über lange Jahre bestimmt hatten, verschwanden von der Bildfläche, während sich enorme kulturelle Veränderungen bemerkbar machten, die Italien seit „1968“ erfasst hatten. Zu nennen ist etwa ein neuer ideologischer Dogmatismus, der zahllose Italiener geprägt hatte, die im Zeichen des Vietnamkrieges, des Maoismus und der Dritte-Welt-Bewegung Lateinamerikas sozialisiert worden waren. Hinzu kam die veränderte Außenpolitik der katholischen Kirche, die von Papst Johannes XXIII., vom Zweiten Vatikanischen Konzil und von der Enzyklika *Populorum Progressio* von Papst Paul VI. in progressive Bahnen gelenkt wurde. Schließlich war die Idee der europäischen Einigung selbst in die Sackgasse geraten; den Mangel einer Vision kompensierte unter der langen Präsidentschaft von Jacques Delors eine bestens funktionierende Technokratie, die sich allerdings verselbständigte und keine größeren Emotionen mehr weckte.

2. Berlusconi, Prodi und Europa

Während dieses epochalen Wandels übernahm Silvio Berlusconi, der Demiurg des Übergangs in eine neue Republik, das Steuer der Außen- und damit auch der Europapolitik seines Landes². Als Homo novus hatte er zuvor nie politische Konzepte

² Vgl. hierzu und zum Folgenden Michele Marchi, *Alla ricerca di „Europa“*. Verso un nuovo Occidente? La visione dell'Italia, in: Paolo Pombeni (Hrsg.), *Stampa e opinione pubblica in Europa nel 2005*, Bologna 2006, S. 71–87; Riccardo Brizzi, *L'unione Europea vista dall'Italia: Tra pifferai magici e stanchezza da allargamento*, in: Paolo Pombeni (Hrsg.), *L'Europa di carta. Stampa e opinione pubblica in Europa nel 2006*, Bologna 2007, S. 203–234; Michele Marchi, *Rinasce l'Europa si eclissa l'Italia? Stampa italiana e ripartenza europea*, in: Paolo Pombeni (Hrsg.), *L'Europa di carta. Stampa e opinione pubblica in Europa nel 2007*, Bologna 2008, S. 159–194; Riccardo Brizzi, *Italia. L'Ue risorge dalla*

entwickelt und sich schon gar nicht mit Außenpolitik beschäftigt. Er ist ein populistischer Führer und ein „konservativer“ Politiker im Sinne des Wortes: Mit seinem Appell an das Volk steht Berlusconi für die Aufrechterhaltung eines überkommenen Systems, das sich vielfältigen Modernisierungsängsten ausgesetzt sieht. Vielen Menschen in Italien ist die Etablierung eines neuen politischen Systems suspekt, weil sie dessen Regeln nicht kennen und nicht wissen, ob es zu ihrem Vor- oder Nachteil ausfallen wird. Berlusconi kapitalisiert diese Ängste vor einem Sprung ins Ungewisse und versucht gleichzeitig, die angeblich von der Linken bedrohten wirtschaftlichen Interessen der italienischen Unternehmer – und damit seine eigenen – zu wahren. Er weiß, wie er die Vorurteile gegenüber der Linken in politischen Erfolg ummünzen kann, und hat dabei leichtes Spiel, weil viele nur die revolutionären Parolen der von Enrico Berlinguer auf Kurs gebrachten Führungsriege des PCI kennen und darüber die pragmatische, um nicht sagen, sozialdemokratische Politik der Linken an der kommunalen Basis vergessen.

Für viele Italiener ist Europa schon lange nicht mehr uneingeschränkt positiv besetzt. Die ersten Übergangsregierungen von Amato, Dini und Ciampi rekurrten dennoch auf Europa, um die Italiener davon zu überzeugen, dass eine rigorose Sparpolitik mit dem Ziel der Konsolidierung der Staatsfinanzen unvermeidlich sei. Sie gingen dabei davon aus, dass der Europagedanke immer noch populär sei. Einerseits appellierten sie an den Stolz ihrer Landsleute, sich nicht vom Kern Europas abkoppeln zu lassen, andererseits beriefen sie sich auf äußere Zwänge, um Eingriffe in die italienische Finanzpolitik zu begründen, womit sie ohne Zweifel ein wichtiges politisches Signal nach Jahren zügellosen *Deficit Spendings* in der Endphase der Ersten Republik setzten, dem Europagedanken aber nicht unbedingt nutzen.

In dieser Situation übernahm die erste Regierung Berlusconi am 10. Mai 1994 die Amtsgeschäfte. Die Außenpolitik gehörte nicht zu ihren Prioritäten, auch wenn Berlusconis Koalitionspartner, die *Alleanza Nazionale* (AN), als postfaschistische Partei für große Besorgnis in Europa sorgte. Berlusconi versuchte, diesen Sorgen die Spitze zu nehmen, indem er mit Antonio Martino einen Mann zum Außenminister machte, der wie kaum ein anderer für Kontinuität stand: Martino, dessen Vater

Gaetano Martino einer der Gründerväter der Europäischen Gemeinschaft gewesen war, bürgte mit seiner ganzen Person für die transatlantische Allianz und sollte das Ausland beruhigen.

In der kurzen Amtszeit der ersten Regierung Berlusconi, die bereits im Januar 1995 endete, gab es für den neuen starken Mann kaum eine Gelegenheit, sich international zu profilieren; es blieb bei propagandistischen Ankündigungen. Bis zu seinem Comeback im Jahr 2001 hielt sich Berlusconi mit außen- und europapolitischen Aussagen zurück. Die Wahlniederlage von 1996 gegen Romano Prodi machte das Mitte-Rechts-Bündnis allerdings nicht zu stärkeren Befürwortern des Europagedankens. Berlusconi ging es danach vor allem um die Delegitimierung der Mitte-Links-Regierung, wobei er auf ein bewährtes Argument der Konservativen zurückgriff und die Regierung wegen ihrer verantwortungslosen Steuer- und Finanzpolitik attackierte. Damit geriet er jedoch fast automatisch in anti-europäisches Fahrwasser, etwa wenn er die finanziellen Belastungen thematisierte, die Prodi und seine Vorgänger im Namen Europas den italienischen Steuerzahlern aufgebürdet hatten, oder wenn er die rigorosen Sparmaßnahmen kritisierte, die nötig gewesen waren, um die Maastricht-Kriterien für die Einführung der neuen gemeinsamen Währung zu erfüllen. Es war leicht und verführerisch, einen Zusammenhang herzustellen zwischen einer Europapolitik, die Italien von Technokraten aus Brüssel aufoktroiert worden sei, und den nachfolgenden Steuererhöhungen und Sparmaßnahmen, die vielen Familien erhebliche Opfer abverlangt hatten. Schuld daran war immer auch Europa.

Erst nach der Rückkehr Berlusconis ins Amt des Ministerpräsidenten im Juni 2001 rückte die Europapolitik auf der Prioritätenliste der Mitte-Rechts-Koalition etwas nach oben. Auch hier muss man sich freilich wieder vor Augen halten, dass sich in Europa, ja in der internationalen Staatengemeinschaft die Dinge zu ändern begonnen hatten. In der EU wurden nun große Schwächen offenbar. Unter dem Kommissionspräsidenten Jacques Santer hatte die Union zwischen 1995 und 1999 ihren vorläufigen Tiefpunkt erreicht: Korruptionsvorwürfe wurden laut. Funktionsstörungen der verschiedenen Organe waren nicht mehr zu übersehen; da half auch die Ernennung Romano Prodis zum Nachfolger SanTERS im Jahr 1999 zunächst nicht viel. Vor allem aber zeigte sich, dass im eigentlichen politischen Entscheidungszentrum, im Europäischen Rat, immer wieder nationale Spannungen ausbrachen. Ganz deutlich wurde das,

als 1996 in Spanien José María Aznar an die Macht kam und als ein Jahr später in Großbritannien die Ära Tony Blairs begann. Zwar war der eine ein Konservativer und der andere der Chef der *Labour Party*, doch stellten beide Europa in seiner bisherigen Form und die alte Europaidee in Frage, der damals viele allzu gerne das Wort redeten, auch wenn es nur noch Lippenbekenntnisse waren. Selbst die Annahme, die EU müsse sich als zivile Macht aus Konfliktsituationen heraushalten, geriet nun massiv in die Kritik. Tatsächlich wurde das krisengeschüttelte Europa 1999 in den Balkankonflikt hineingezogen, der sich bald zu einer offenen Militäroperation gegen Serbien entwickelte. Unter seinem neuen Ministerpräsidenten Massimo D'Alema, der eine Mitte-Links-Regierung anführte, beteiligte sich auch Italien an der Intervention.

Mit Blick auf diese Ereignisse musste die Regierung Berlusconi nach 2001 der europäischen Frage mehr Beachtung schenken. Bereits 1995 hatte Berlusconi in einem heiklen Punkt, nämlich der Nominierung der italienischen Kommissare, Flagge zeigen müssen. Er entschied sich damals für einen gewagten politischen Schachzug und nominierte neben dem Fachmann Mario Monti, der das Vertrauen der Wirtschaft besaß, zunächst den Ex-Kommunisten Giorgio Napolitano. Aber obwohl dieser bereits zugesagt hatte und über seine Wahl Konsens bestand, besann sich Berlusconi in allerletzter Minute doch anders und benannte anstelle von Napolitano Emma Bonino von der Radikalen Partei, die damit ruhiggestellt werden sollte. Dieses Manöver zeigte ganz deutlich: Europapolitik war für Berlusconi nur eine Funktion der Innenpolitik, die eindeutig Priorität genoss.

Daran hat sich bis heute im Wesentlichen nichts geändert, auch wenn man zu seiner Ehrenrettung sagen muss, dass das kein italienisches Spezifikum ist. Im Übrigen sah sich Berlusconi nach 2001 in Brüssel seinem großen Rivalen aus den Wahlen von 1996 gegenüber: Kommissionspräsident Romano Prodi. Berlusconi hatte als Oppositionsführer dieser Kandidatur keine Steine in den Weg gelegt – wahrscheinlich aus der Überzeugung heraus, dass Prodi dadurch über Jahre in Brüssel gebunden bliebe und bei den nächsten Wahlen nicht als sein Konkurrent auftreten könne. Überlegungen dieser Art spielten anscheinend auch eine Rolle, als Berlusconi sich entschied, Renato Ruggiero zum Außenminister seines zweiten Kabinetts zu bestellen. Ruggiero war ein Karrierediplomat mit großer Erfahrung, der als Staatssekretär im Außenhandelsministerium gearbeitet hatte

und von 1995 bis 1999 Generaldirektor der Welthandelsorganisation gewesen war. Vor allem aber verfügte Ruggiero über beste Beziehungen zu FIAT und zum Erdölkonzern ENI; Berlusconi ging es also um möglichst enge Beziehungen zu einem gewichtigen Teil der italienischen Unternehmerschaft. Diese Personalie ist aber nicht zuletzt deswegen so interessant, weil für den Posten als Außenminister auch Pierferdinando Casini im Gespräch gewesen war, der damals als Nachfolger Berlusconis gehandelt wurde. Casini wurde jedoch mit dem Vorsitz im italienischen Abgeordnetenhaus abgespeist. Da liegt die Frage nahe, ob Berlusconi mit der Entscheidung für den Experten Ruggiero und gegen den Politiker Casini nicht auch einen potenziellen Konkurrenten mit dezidierten Karriereambitionen kalt stellen wollte. Ruggiero gelang auf seinem neuen Posten nur wenig; er wurde bereits am 6. Januar 2002 entlassen. Mehrere Monate später trat Franco Frattini seine Nachfolge an, der zwar als fähiger Administrator galt, aber weder Willens noch in der Lage war, Berlusconi politisch zu gefährden. Ende 2004 wurde Frattini durch den ehrgeizigen Gianfranco Fini ersetzt und musste als EU-Kommissar nach Brüssel wechseln.

Zwar war Berlusconi während der schwierigen Verhandlungen um das europäische Verfassungswerk an der Macht, doch wusste er diese Chance nicht zu nutzen. Der Vertrag von Nizza vom 7. Dezember 2000, der die Grundlage dieser Verhandlungen bildete, war noch von der Regierung Amato vorbereitet worden. Als der Europäische Rat im Dezember 2001 im belgischen Laaken zusammenkam, brachte er auch die Verfassung auf den Weg, wobei Berlusconi das Vertragswerk weder zu behindern noch zu befördern versuchte. Zur treibenden Kraft wurde vielmehr Giuliano Amato, der Vizepräsident des Europäischen Konvents, der die Verfassung ausarbeitete und dem sicherlich keine Nähe zu Berlusconi nachgesagt werden kann. An den offiziellen Regierungsberatungen nahm für die italienische Regierung Gianfranco Fini teil, der konstruktiv am Vertrag mitarbeitete, auch wenn er einige Herzensanliegen der Mitte-Rechts-Regierung verteidigte; vor allem galt das für die Aufnahme eines Passus in die Präambel des Vertragswerks, der die christlichen Wurzeln Europas betonen sollte.

Das Hauptaugenmerk Berlusconis galt währenddessen der großen Politik, die von der Wahl von George W. Bush zum neuen US-Präsidenten und vom Aufstieg Vladimir Putins zum starken Mann Russlands geprägt war. Der Wunsch, Italien durch Nachgiebigkeit und Geschmeidigkeit gegenüber den Großmächten

eine Stimme im internationalen Konzert zu verschaffen, hat in der italienischen Politik eine lange, auf die staatliche Einigung im 19. Jahrhundert zurückgehende Tradition, an die Berlusconi freilich nicht nahtlos anknüpfen konnte, denn die Konstellation hatte sich grundlegend gewandelt. Die einstige friedliche Koexistenz zwischen Ost und West bestand nicht mehr, ebenso wenig die unerschütterte Hegemonie der USA. Erinnerung sei hier nur an den Krieg im Kosovo und den ersten Golfkrieg von 1990/91. Hinzu kam, dass Europa seine Unschuld auf dem internationalen Parkett verlor. Die wachsenden Spannungen zwischen den USA und dem Irak Saddam Husseins, die schließlich 2003 zum zweiten Golfkrieg führten, stellten nämlich die Idee von Europa als Zivilmacht auf eine harte Probe, die sie letztlich nicht bestand. Das lag zum einen daran, dass die ehrgeizigen Vermittlungsbemühungen der Europäer erfolglos blieben, und hatte zum anderen mit der immer intransigenteren Haltung des amerikanischen Präsidenten zu tun, dessen Parole lautete: „Entweder mit mir oder gegen mich!“ Washington wurde dabei von Aznar und Blair fast bedingungslos unterstützt, wobei Blair es war, der Berlusconi die Richtung vorgab: Italien sagte ebenfalls Unterstützung zu, lehnte allerdings eine direkte militärische Beteiligung ab.

Dass Frankreich und Deutschland sich gegen die Intervention im Irak aussprachen und dass zugleich der alte europäische Pazifismus wieder aufblühte, schwächte die Position der EU gegenüber den USA erheblich. Berlusconi fand sich nun in einer Position, die ihm überhaupt nicht lag. In der zweiten Hälfte des Jahres 2003 übernahm Italien den EU-Vorsitz. Für den italienischen Ministerpräsidenten war das ein echtes Problem: In einem Europa, das sich gerade eine neue Façon zu geben begann (am 10. Juli hatten die Verfassungsmütter und -väter ihre Arbeiten abgeschlossen), beherrschte unkontrollierte Konkurrenz um die Schaltstellen der Macht das Tagesgeschäft. Als politischer *Newcomer* hatte Berlusconi nun an mehreren Fronten zu kämpfen, was sich natürlich auch auf die italienische Innenpolitik auswirkte.

Wie nervös Berlusconi war, zeigte sich nicht zuletzt in der inzwischen berühmten Auseinandersetzung mit dem deutschen Sozialdemokraten Martin Schulz im Europaparlament. Der Fraktionsvorsitzende der Sozialisten attackierte den italienischen Ministerpräsidenten im Juli 2003 in einer Art und in einem Ton, den er sich wohl keinem anderen Regierungschef eines großen europäischen Landes gegenüber erlaubt hätte. Berlus-

coni reagierte darauf, wie so oft, sehr emotional und ohne zu begreifen, dass es sich hierbei nicht um die übliche Polemik in den Talkshows des italienischen Fernsehens handelte, sondern um eine politische Debatte, in der es auch um institutionelle Fragen im Kontext von Europaparlament und Ratspräsident ging. Der Streit mit Schulz bestärkte die Kritiker Berlusconis im Ausland in ihrer Auffassung, Italien sei ein politisch schwaches Land. Und in der Tat: Das Land war wieder einmal entlang der überkommenen Rechts-Links-Scheidelinie gespalten und kaum einer verstand, dass hier, politische Sympathien hin oder her, die Rolle Italiens in Europa verteidigt werden musste.

So kann es nicht überraschen, dass Italien Ende 2003/Anfang 2004 aus dem mehr oder weniger informellen „Triumvirat“ der Mächte Frankreich, Deutschland und Großbritannien ausgeschlossen wurde. Verfehlt wäre es allerdings, dies auf Berlusconi Unterstützung für die Politik der Bush-Administration zurückzuführen; immerhin gehörte dem Triumvirat ja auch Blair an, der sogar britische Truppen in den Irak entsandt hatte. Fragen muss man sich aber schon, ob es sonderlich klug von Berlusconi war, zu Washington und Moskau besondere Beziehungen zu unterhalten und damit Europa zu brüskieren. Es lässt sich allerdings schwerlich bestreiten, dass diese strategische Entscheidung in der italienischen Öffentlichkeit durchaus auf Zustimmung stieß. Wie Umfragen zeigen, nahmen die traditionell hohen Sympathiewerte für Europa in dieser Zeit langsam, aber stetig ab. Gleichzeitig wuchs der Unmut über Vermögensbeschränkungen, die viele Privatleute – ganz zu Unrecht – auf Italiens Beitritt zur europäischen Währungsunion zurückführten.

Zwischen 2004 und 2005 konsolidierte sich diese Situation, in der Europa zum Sündenbock stilisiert wurde. Vorwürfe wurden laut, die Erweiterung der EU sei überstürzt erfolgt, weshalb sich angeblich unkontrollierte Ströme von Migranten in Richtung Italien ergossen. Hinzu kam, dass die öffentliche Diskussion um die strikte Einhaltung der Maastricht-Kriterien viele Regierungen zwang, von ihrer bisherigen Politik der Verschuldung abzugehen und Sparprogramme aufzulegen. Für die sozialen Härten, die sich daraus ergaben, wollte jedoch niemand haftbar gemacht werden. Deshalb schob man die Verantwortung auf die Technokraten in Brüssel ab. In vielen Ländern kam es – wie in Italien – dadurch zu einer wachsenden Delegitimierung der europäischen Strukturen, die unter der Präsidentschaft von José Manuel Barroso nochmals eine Verschärfung erfuhr.

3. Die europäische Verfassung und andere Streitpunkte

Im Zuge von Prodis Ablösung als EU-Kommissionspräsident im November 2004 trat ein weiterer zentraler Aspekt der Europapolitik Berlusconi hervor. Es ging damals darum, einen neuen italienischen Kommissar zu bestellen. Der italienische Premier votierte für den Christdemokraten Rocco Buttiglione, obwohl dieser als konservativer Überzeugungstäter galt und kaum Aussichten bestanden, dass das hochideologisierte italienische Parlament mit seinen linken Neigungen seinen Kandidaten unterstützen würde. Das Ergebnis war vorhersehbar und offenbarte ein weiteres Mal die selbst verschuldete Schwäche Italiens: Buttiglione wurde vom Abgeordnetenhaus nach heftigem Streit abgelehnt, Berlusconi schluckte diese politische Kröte, ohne mit der Wimper zu zucken, und sandte schließlich seinen Außenminister Franco Frattini nach Brüssel.

Die europäische Verfassung wurde am 25. Januar beziehungsweise 6. April 2005 von beiden Kammern des italienischen Parlaments ratifiziert, während sie kurz danach in Frankreich und Holland scheiterte³. Die italienische Regierung nahm das tatenlos hin und startete keinerlei Initiative. Das lag daran, dass die Regierung Berlusconi der europäischen Frage nur sekundäre Bedeutung beimaß. Allenfalls in Wirtschaftsfragen ließ sich politisches Kapital daraus schlagen und bequem gegen Brüssel polemisieren. Hier sei vor allem an die entsprechenden Äußerungen von Wirtschafts- und Finanzminister Giulio Tremonti gegen die ökonomischen Vorgaben der EU und ihres Kommissars Joaquín Almunia erinnert. Die marginale Bedeutung, die Europa für Berlusconi letztlich hatte, zeigte sich im Übrigen auch daran, dass die einzigen Gegenstimmen gegen den EU-Vertrag (abgesehen von der *Rifondazione Comunista*) von der *Lega Nord* kamen, also von einem Koalitionspartner Berlusconi, ohne dass das Auswirkungen auf das Mitte-Rechts-Bündnis gehabt hätte. Nicht einmal die herausfordernden Zwischenrufe der Europaabgeordneten der *Lega Nord* während der Ansprache von Staatspräsidenten Carlo Azeglio Ciampi im Straßburger Parlament hatten irgendwelche Folgen.

³ Material hierzu und zu anderen Fragen italienischer und europäischer Politik seit 2005 finden sich auf der Website des *Centro Studi per il progetto Europeo* (Bologna): www.europressresearch.eu.

In Italien sah man Europa unter rein technischen Aspekten, die Menschen waren wenig daran interessiert. Als sich der Europäische Rat im Juni 2005 aufgrund des Widerstands von Tony Blair nicht auf den Haushalt für die Jahre 2007 bis 2013 einigen konnte, enthielt sich die italienische Regierung der Stimme, obwohl sie den britischen Vorstoß eigentlich ablehnte. Dabei hatte Blair mit seiner Kritik an den hohen Agrarausgaben der EU durchaus Recht, auch wenn Barroso den Führer der *Labour Party* als „Sheriff von Nottingham“ bezeichnete, der die Armen beraube, um das Geld den Reichen zu geben. Berlusconi lehnte Blairs Vorgehen aus innenpolitischen Gründen ab: In Italien war man sich über die Parteigrenzen hinweg darin einig, dass die Agrarsubventionen bestehen bleiben sollten. Das Land stimmte schließlich dem von Blair selbst ausgearbeiteten Kompromiss zu, der im Dezember 2005 den Europäischen Rat passierte.

Dass die europäische Frage kein brennendes Problem darstellte, trat während des Wahlkampfes vom Frühjahr 2006 so deutlich zutage wie nie zuvor: Die Politik der EU war kein Thema, obwohl die Mitte-Links-Formation mit Romano Prodi über einen Kandidaten verfügte, der den Kommissionsvorsitz innegehabt hatte und als einer der prominentesten Europäer gelten konnte. Selbst in dem berühmten Fernsehduell zwischen Berlusconi und Prodi wurde die europäische Frage nicht berührt. Die Außenpolitik kam überhaupt nur in Gestalt der Irakproblematik vor, wobei Berlusconi in seinem Statement nicht einmal das knapp bemessene Zeitlimit ausschöpfte, während Prodi sich darauf beschränkte, gegen einige Äußerungen seines Rivalen aus der Vergangenheit zu polemisieren.

In diesem Zusammenhang muss man sich vergegenwärtigen, dass 2005 das *Annus horribilis* Europas darstellte und dass Barroso 2006 zum Jahr der „Denkpause“ erklärte. Die Europapolitik wurde erst Ende 2006 wiederbelebt, und zwar durch zwei Politiker, die von Berlusconi zumindest auf den ersten Blick weltanschaulich nicht allzu weit entfernt waren: durch Nicolas Sarkozy, der im September 2006 noch als Präsidentschaftskandidat für einen Mini-Vertrag plädierte (eine Idee, die sich schließlich auch durchsetzte), sowie durch Angela Merkel, der es während der deutschen Präsidentschaft in der ersten Hälfte des Jahres 2007 mit viel Geduld gelang, den Vertrag von Lissabon auf den Weg zu bringen.

In diesen Tagen war Romano Prodi italienischer Regierungschef und Massimo D'Alema sein Außenminister. Ohne Zweifel

war ihre Einstellung zu Europa eine ganz andere als die von Berlusconi, da beide diesem Thema ausgesprochen große Bedeutung zumaßen. Allerdings änderte das nichts an der Haltung der europäischen Partner gegenüber Italien, die der nur mit einer hauchdünnen Mehrheit gewählten, innerlich zerstrittenen Regierung Prodi/D'Alema nicht zu Hilfe kamen. Nicht nur ein politischer Kommentator schrieb damals, dass das *Feeling* zwischen Rom und Brüssel verloren gegangen sei. Selbst die Kommission übte Kritik an der Wirtschaftspolitik der Mitte-Links-Regierung. Wie wenig Sympathien Italien genoss, zeigte sich an mehreren Beispielen: an der Kritik Barrosos am Vorgehen der italienischen Polizei und Justiz nach der Ermordung einer Frau durch einen illegal im Land lebenden Rom, an der ablehnenden Haltung gegenüber der Vermittlungspolitik Prodis im Nahen Osten, schließlich auch am Versuch der EU, die Zahl der italienischen Mitglieder im Europaparlament zu reduzieren – ein Versuch, dem Prodi massiv entgegentrat, als er mit einem italienischen Veto beim nächsten EU-Gipfel drohte.

Im Wahlkampf, der zwischen Januar und April 2008 geführt wurde, war Europa etwas prominenter vertreten, auch wenn das Thema wiederum nur instrumentalisiert wurde. So argumentierte die Mitte-Links-Regierung, dass man Berlusconi stoppen müsse, wenn das Land in Europa wieder etwas gelten wolle. Das Mitte-Rechts-Bündnis dagegen polterte, dass ein Teil der italienischen Probleme von Brüssel verursacht worden sei. Europa an sich spielte demgegenüber so gut wie keine Rolle. Selbst im Europawahlkampf im Frühjahr 2009 änderte sich daran nichts. Italien ist so im erweiterten Europa letztlich am Rande der politischen Marginalität angelangt. Berlusconi, der haushohe Sieger bei den Wahlen vom April 2008, war nicht in der Lage, sich in Brüssel und Straßburg durchzusetzen und dort einen Italiener in einer herausgehobenen Position zu platzieren. Er hat es nicht geschafft, Mario Mauro als Präsidenten des Europäischen Parlaments zu installieren, und er zog sich kampfflos zurück, als Widerstände auftauchten und als es gegolten hätte, die Kandidatur Massimo D'Alema zum europäischen „Außenminister“ energisch zu betreiben.

Es ist nun einmal eine Tatsache, dass die Italiener sich allzu gerne selbst bekriegen und darüber die wirklich wichtigen Themen aus dem Auge verlieren. Aus diesem Grund halten viele Ausländer Italien für das Land des Melodrams, was die Italiener oft als Kompliment verstehen, sich auch noch artig

dafür bedanken und es in ihren Medien verbreiten. Berlusconi, ob es einem gefällt oder nicht, ist keine Ausnahme, sondern lediglich einer von vielen Protagonisten in dieser Geschichte.

Aus dem Italienischen übersetzt von Patrick Bernhard und Hans Woller.